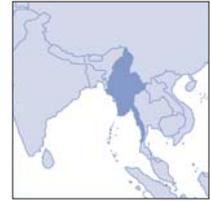


Myanmar

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
51 Millionen	Buddhisten	88 %
	Christen	6 %
	Muslime	4 %
	Sonstige	2 %



Politischer Reformprozess geht weiter

Fünf Jahrzehnte lang wurde das Land Myanmar (offiziell Republik der Union Myanmar; auch Birma genannt) mit eiserner Hand vom Militär regiert. Seit 2011 aber zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab. Unter Staatspräsident Thein Sein, dem ersten zivilen Präsidenten seit fünfzig Jahren, führte die myanmarische Regierung eine Reihe politischer Reformen durch. Am Ende des Reformprozesses soll eine „disziplinierte Demokratie“ stehen. So ist es in der Verfassung von 2008, die am 31. Januar 2011 in Kraft getreten ist, festgelegt. Ein starker Einfluss des Militärs ist auch weiterhin vorgesehen: So muss laut Verfassung ein Viertel der Parlamentssitze an Militärangehörige vergeben werden. Die Reformen sollen dem Land nach Jahrzehnten militärischer Diktatur und wirtschaftlicher Isolation auch zu einem neuen Aufschwung auf internationaler Ebene verhelfen.

Bei den ersten freien Wahlen seit dem Ende der Militärdiktatur erzielte die Partei von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die jahrelang unterdrückte Nationale Liga für Demokratie (NLD), im November 2015 einen klaren Sieg und errang eine absolute Mehrheit im Parlament. Am 1. Februar 2016 trat das neugewählte Parlament erstmals zusammen. Im März 2016 wurde Htin Kyaw zum Präsidenten gewählt, ein enger Vertrauter von Aung San Suu Kyi. Sie selbst wurde zur „Staatsberaterin“ (State Counsellor, auch mit Staatsrätin übersetzt) ernannt. Sie konnte selbst nicht zur Präsidentin gewählt werden, da sie zwei Söhne mit britischer Staatsbürgerschaft hat und die Verfassung Myanmars Bürger mit ausländischer Verwandtschaft vom höchsten Staatsamt ausschließt. De facto gilt Suu Kyi aber als die eigentliche Regierungschefin und einflussreichste Politikerin der neuen Regierung.

Wachsende ethnische und religiöse Spannungen

Diese wichtigen Schritte hin zu einem demokratischen Staat werden allerdings überschattet von schweren ethnischen und religiösen Spannungen. Myanmar ist ein Vielvölkerstaat mit rund 55 Millionen Einwohnern und rund 135 ethnischen Gruppen. Mit etwa siebzig Prozent bilden die Birmanen (auch Bamar genannt) die größte Volksgruppe.

Seit Erlangung der politischen Unabhängigkeit im Jahr 1948 leidet Myanmar unter bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und ethnischen Widerstandsgruppen, die mit Waffengewalt für eine politische Unabhängigkeit von der birmanischen Zentralregierung kämpfen. In den vergangenen Jahren hat es zwar eine ganze Reihe von Waffenstillstandsvereinbarungen gegeben, doch die Kämpfe flammten immer wieder auf.

Nach siebzehn Jahren Waffenstillstand brachen im Juni 2011 im Kachin-Staat im Norden Myanmars erneut Kämpfe aus zwischen der „Kachin Independence Army“, die für einen von Myanmar unabhängigen Kachin-Staat kämpft, und Regierungstruppen. Der Kachin-Staat ist reich an Bodenschätzen, vor allem Gold und Jade gibt es dort. Aber auch kostbares Teakholz und die Wasserkraft des Flusses Irrawaddy tragen zu der wirtschaftlichen Bedeutung des Landesteiles bei. Dazu kommt noch die strategisch wichtige Lage an der Grenze zu China. In dem Krieg geht es also vor allem darum, wer von diesen Rohstoffen profitiert: die Mächtigen in der staatlichen Armee, birmanische Politiker, chinesische Investoren oder die Kachin selber.

Auch im Shan-Staat gibt es seit Jahren bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und ethnischen Widerstandsgruppen. Wegen der Kämpfe im Kachin- und im Shan-Staat sind bis heute mehr als 120 000 Menschen geflüchtet. Sie leben in Flüchtlingslagern auf beiden Seiten der Front und sind für ihr Überleben auf humanitäre Hilfslieferungen angewiesen. Es kommt jedoch häufiger vor, dass Hilfsgütertransporte von den Kriegsparteien behindert werden.

Bemühungen um Frieden

Im März 2013 vereinbarten die Konfliktparteien, die Kampfhandlungen einzustellen, konnten sich aber nicht auf ein formales Waffenstillstandsabkommen einigen. Erneute Gespräche fanden im Oktober 2013 statt, und es wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Beobachtergruppe beschlossen. Nach einjährigen Verhandlungen konnten sich im März 2015 die Regierung und Vertreter von sechzehn Rebellengruppen auf einen vorläufigen Waffenstillstand einigen. Im Oktober 2015 unterzeichnete die Regierung dann in einer feierlichen Zeremonie das „Nationale Waffenstillstandsabkommen“ (NCA) mit acht Rebellengruppen. Elf andere Rebellengruppen hatten sich diesem Friedensschluss verweigert, darunter die sieben größten und schlagkräftigsten ethnischen Milizen.

Vom 31. August bis 4. September 2016 fand in der Hauptstadt Nay Pyi Taw auf Einladung der Regierung eine fünftägige Friedenskonferenz mit rund 800 Teilnehmern statt. Sie stand unter dem Titel „Union Peace Conference - 21st Century Panglong“ und war der Auftakt zu einem längeren Prozess, an dessen Ende ein dauerhafter Friede in Myanmar stehen soll. Der Name Panglong bezieht sich auf eine Konferenz im Jahr 1947. Damals schloss der Vater von Aung San Suu Kyi, General Aung San, ein Abkommen mit den Volksgruppen Kachin, Chin und Shan, in dem diesen ethnischen Minderheiten „volle Autonomie“ zugestanden wurde sowie das Recht auf einen Austritt aus der Union von Myanmar (damals Birma). Das Abkommen wurde aber später gebrochen. Mit der Begründung, die Einheit der Union wahren zu wollen, putschte sich die Armee 1962 an die Macht. Seitdem kämpfen die Minderheiten mit ihren Milizen für eine Unabhängigkeit von der Zentralregierung Myanmars.

Ethnische Spannungen und Religionszugehörigkeit

Die ethnischen Spannungen haben zum Teil auch eine religiöse Komponente. Myanmar ist ein buddhistisch geprägtes Land, rund neunzig Prozent der Einwohner folgen dem Theravada-Buddhismus. Der Anteil der Christen und der Muslime liegt bei jeweils vier bis fünf Prozent, die Zahl der Katholiken beträgt rund 800 000, die Zahl baptistischer Christen etwa 500 000. Vor allem in den Staaten Kachin und Chin, im Nordosten bzw. Nordwesten

von Myanmar gelegen, gibt es größere christliche Gemeinschaften. In Kachin liegt der Anteil der Christen laut Regierungsangaben bei gut einem Drittel der Bevölkerung, tatsächlich liegt er aber viel höher. Auch unter den ethnischen Minderheiten der Naga und Karen gibt es überdurchschnittlich viele Christen.

Unterdrückung der muslimischen Rohingya

Als im August 2017 die bewaffnete Gruppe „Arakan Rohingya Salvation Army“ (ARSA) Überfälle auf etwa 30 Polizeistationen verübte, reagierten die myanmarischen Sicherheitskräfte mit brutalen und ausgedehnten Vergeltungsaktionen gegen das Volk der Rohingya im Bundesstaat Rakhine. Häuser und ganze Siedlungen wurden systematisch niedergebrannt, Menschen misshandelt, vergewaltigt und getötet. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International bewertet die Vorfälle als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Das löste eine Massenflucht aus. „In vielen Fällen wurden die fliehenden Bewohnerinnen und Bewohner von Soldatinnen und Soldaten und Polizistinnen und Polizisten beschossen. Hunderte Menschen wurden schwer verletzt oder getötet“, schreibt Amnesty International in einem Bericht. Mehr als 350 Rohingya-dörfer sind vom Militär ganz oder teilweise zerstört worden. Mehr als 650 000 Rohingya flüchteten über die Grenze ins benachbarte Bangladesch. Zusammen mit den Rohingya, die schon in früheren Jahren aus Myanmar nach Bangladesch geflüchtet sind, leben dort jetzt rund 1,2 Millionen Flüchtlinge, vor allem in den Flüchtlingslagern in der Stadt Cox's Bazar. Die Zustände und Lebensbedingungen in diesen Flüchtlingslagern sind oft katastrophal. Es fehlt an allem. Die hygienischen Zustände sind miserabel.

Die Rohingya sind eine der vielen ethnischen Minderheiten in Myanmar und leben vorwiegend in der westlichen Region des Landes, nahe der Grenze zu Bangladesch im nördlichen Teil des Rakhaing-Staates (Rakhine). Vor der Massenflucht seit August 2017 lebten dort etwa eine Million Rohingya. Die große Mehrheit von ihnen sind Muslime. Die Rohingya haben ihre eigene Kultur und eine eigene Sprache, die mit der bengalischen Sprache verwandt ist. Die staatlichen Behörden in Myanmar lehnen die Bezeichnung Rohingya ab und sprechen stattdessen von

Bengalis. Sie werden als illegale Einwanderer aus Bangladesch angesehen, weshalb ihnen auch die birmanische Staatsbürgerschaft verweigert wird. Die Rohingya werden in Myanmar auf vielfache Weise diskriminiert und unterdrückt. So ist der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen eingeschränkt, auch auf dem Arbeitsmarkt erfahren sie zahlreiche Behinderungen. Laut den Vereinten Nationen sind die Rohingya die am stärksten verfolgte ethnisch-religiöse Minderheit weltweit. Als im Frühjahr 2014 nach mehr als dreißig Jahren wieder eine Volkszählung in Myanmar durchgeführt wurde, wurden die Rohingya bei der Zählung ausgeschlossen.

Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren Fluchtwellen. Im Frühjahr 2015 flüchteten Tausende Rohingya aus Myanmar über das Meer nach Malaysia, Thailand und Indonesien. Oft wurden sie dort an den Küsten aufs Meer zurückgeschickt. Wochenlang trieben viele Flüchtlingsboote hilflos auf dem Meer. In einigen Flüchtlingslagern in Thailand und Malaysia sollen laut Medienberichten Rohingya-Frauen Opfer von Massenvergewaltigungen geworden sein. In diesen beiden Ländern wurden im Mai 2015 auch von Menschenschmugglern eingerichtete Flüchtlingslager sowie zahlreiche Gräber mit Leichen von mutmaßlichen Flüchtlingen entdeckt. Erst auf internationalen Druck hin stimmten Malaysia und Indonesien einer vorübergehenden Aufnahme von rund 7000 auf Booten ausharrenden Flüchtlingen aus Myanmar und Bangladesch zu.

Fundamentalistische Bewegungen im Buddhismus

Unter den Buddhisten in Myanmar gibt es einflussreiche ultraorthodoxe, nationalistische Bewegungen, die vor allem gegen die muslimische Minderheit in Myanmar hetzen und durch ihre Reden und Predigten regelrechten Hass gegen Muslime schüren. Damit fördern sie auch die Gewalt gegen die Rohingya. Eine dieser Bewegungen ist das „Komitee zum Schutz von Nation und Religion“, das international unter dem Kürzel Ma Ba Tha bekannt ist. Ihr Anführer ist der Mönch U Wirathu. Politische Beobachter gehen davon aus, dass die Ma Ba Tha von der militärnahen Oppositionspartei USDP instrumentalisiert wurde, um die Regierung von Aung San Suu Kyi zu schwächen und zu destabilisieren. Der staatliche buddhistische Mönchsrat hat die Ma Ba Tha im Mai 2017 verboten.

Eine andere fundamentalistische Gruppe unter den Buddhisten ist die Bewegung „969“ (die Zahl symbolisiert unter anderem die Tugenden Buddhas). Auch sie verbreitet seit einigen Jahren eine islamfeindliche Stimmung, etwa mit der Behauptung, Muslime zwingen buddhistische Frauen, zum Islam überzutreten.

Papst-Reise nach Myanmar

Im November 2017 besuchte Papst Franziskus drei Tage lang das Land Myanmar. Es war ein Staats- und Pastoralbesuch. Dabei traf er Vertreter von Staat und Regierung. Vor allem aber gab es Begegnungen mit der kleinen katholischen Minderheit in Myanmar, deren Anteil bei rund einem Prozent liegt. An einer großen Papstmesse in Rangun nahmen gut 100 000 Gläubige teil, darunter viele ethnische Gruppen in ihrer traditionellen Kleidung und Katholiken aus entfernten Gebieten wie dem Kachin-Staat. Der Papst verwendete in Myanmar einen Hirtenstab, den katholische Handwerker der Kachin-Minderheit in einem Flüchtlingslager im Norden Myanmars aus Holz geschnitzt hatten.

Bei einer Begegnung mit den katholischen Bischöfen Myanmars rief er die Katholiken des Landes auf, sich für die Verkündigung des Glaubens und für den Schutz der menschlichen Würde einzusetzen. Die Kirche in Myanmar bezeuge durch ihre „erzieherischen und karitativen Werke, ihre Verteidigung der Menschenrechte und ihre Unterstützung der demokratischen Prinzipien täglich das Evangelium“, so der Papst. Die Bischöfe ermutigte er, zusammen mit den Gläubigen eine „konstruktive Rolle im Leben der Gesellschaft einzunehmen“. Dabei gelte es besonders, „auf die Achtung der Würde und der Rechte aller“ zu bestehen, so Franziskus. Nach konfliktreichen Jahren befinde sich das Land nun auf dem Weg zu Einheit und Frieden. Die erste Aufgabe der Kirche sei es, zu heilen: Seelen, Herzen und körperliche Wunden.

Die Weltöffentlichkeit interessierte sich vor allem dafür, ob und wie sich Papst Franziskus zur gewaltsamen Vertreibung der muslimischen Rohingya äußern würde. Die katholischen Bischöfe von Myanmar hatten dem Papst dringend geraten, während seines Aufenthalts in Myanmar auf das Wort Rohingya zu verzichten, um nicht unnötig den Unmut der Mehrheitsbevöl-

kerung zu provozieren. Tatsächlich rief der Papst während seines Besuches wiederholt zu Frieden und Versöhnung zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen auf, ohne die Konflikte konkret anzusprechen.

In einer Ansprache vor Vertretern der Zivilgesellschaft und des Diplomatischen Corps rief Papst Franziskus dazu auf, „jede ethnische Gruppe“ zu achten. Interne Konflikte und Feindseligkeiten hätten in Myanmar viel Leid und tiefe Spaltungen verursacht. Es müsse ein Friede angestrebt werden, „der sich auf die Achtung der Würde und der Rechte eines jeden Mitglieds der Gesellschaft gründet“. Frieden und nationale Versöhnung seien nur durch Gerechtigkeit und Einhaltung der Menschenrechte möglich. Um die Spaltungen und Feindseligkeiten zu überwinden, müsse „die Heilung dieser Wunden eine zentrale politische und geistliche Priorität darstellen“, forderte der Papst. Dabei würdigte er die Friedensinitiativen der Regierung, besonders die Friedenskonferenz von Panglong. Aber auch die Religionsgemeinschaften könnten auf dem Weg zum Frieden eine „besondere Rolle“ spielen. Religiöse Unterschiede dürften nicht trennend wirken. Vielmehr liege in der Religion die „Kraft zur Einheit, zur Vergebung, zur Toleranz und zum klugen Aufbau der Nation“. Die Religionsgemeinschaften hätten daher eine bedeutende Rolle bei der „Heilung der emotionalen, geistigen und psychologischen Wunden“, die durch die jahrelangen Konflikte entstanden seien.

Erst in Bangladesch, der zweiten Station seiner Asienreise, traf Papst Franziskus direkt mit einigen Rohingya-Flüchtlingen zusammen und verwendete dort in einer improvisierten Rede dann auch das Wort Rohingya. Dabei bat er die Rohingya um Vergebung für die Gewalt, die man ihnen angetan habe, und für die „Gleichgültigkeit der Welt“ gegenüber ihrem Schicksal.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei Jahre dargestellt.



Gottesdienst in der Kathedrale in Banmaw im Kachin-Staat im Nordosten von Myanmar. Das Volk der Kachin gehört zu den ethnischen Minderheiten in Myanmar, die von der Mehrheitsbevölkerung der Birmanen oft unterdrückt oder sogar bekämpft werden.

Juli 2016: Das Europäische Parlament verabschiedete eine Resolution, in der ein Ende der Verfolgung der muslimischen Rohingya-Minderheit in Myanmar gefordert wird.

Juli 2016: Im Juli 2016 wurden die Ergebnisse einer Volkszählung zu den Religionsgemeinschaften veröffentlicht. Danach sind unter den 51,4 Millionen Einwohnern Myanmars 87,9 Prozent Buddhisten, 6,2 Prozent Christen, 4,3 Prozent Muslime und 0,5 Prozent Hindus. Ausgeschlossen wurden bei der Volkszählung, die schon 2014 durchgeführt wurde, die (damals) gut eine Million muslimischen Rohingya.

September 2016: Vom 31. August bis 4. September 2016 fand in der Hauptstadt Nay Pyi Taw auf Einladung der Regierung eine fünftägige Friedenskonferenz mit rund 800 Teilnehmern statt (Union Peace Conference - 21st Century Panglong). Die Konferenz wurde von Staatsrätin Aung San Suu Kyi und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eröffnet. In einem längeren Prozess sollen die Spannungen und Konflikte mit den nach Autonomie strebenden ethnischen Minderheiten überwunden und Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden geschaffen werden. In ihrer Eröffnungsrede gab Aung San Suu Kyi als Ziel des Friedensprozesses die Schaffung einer „föderalen demokratischen Union“ an. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Armee zu. Sie hat laut staatlicher Verfassung die alleinige Zuständigkeit in allen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit.

Oktober 2016: Im mehrheitlich christlichen Kachin-Staat protestierten Tausende Menschen gegen neue Angriffe der Armee auf die Zivilbevölkerung. Die myanmarische Armee hatte in Kachin, im Norden des Shan-Staates, in Karen und in Rakhine eine neue Offensive gegen ethnische Milizen gestartet. Auch der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs für Myanmar, Vijay Nambiar, zeigte sich „enttäuscht“ und „beunruhigt“ über die neuen Kämpfe angesichts der Tatsache, dass doch erst Anfang September 2016 die Panglong-Friedenskonferenz getagt hatte.

November 2016: Der Erzbischof von Rangun, Kardinal Charles Maung Bo, kündigte an, dass er die myanmarische Regierung auffordern werde, katholische Schulen zurückzugeben, die nach dem Militärputsch von 1962 „nationalisiert“ und somit vom Staat konfisziert worden waren. In den

1950er Jahren sei Myanmar wegen der vielen katholischen Schulen das Land mit dem höchsten Bildungsniveau in Südostasien gewesen. Die Kirche sei bereit, sich in diesem Bereich wieder zu engagieren. Bildung sei von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Entwicklung Myanmars.

Februar 2017: Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte veröffentlichte einen Bericht, in dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgelistet werden, die in Myanmar gegenüber der muslimischen Minderheit der Rohingya begangen wurden. „Massenvergewaltigungen, Morde - auch an Kindern und Jugendlichen - brutale Prügel, das Verschwindenlassen von Menschen“ und weitere vom Militär begangene Menschenrechtsverletzungen in der abgeriegelten Region nördlich von Maungdaw im Norden des Teilstaates Rakhine werden angeprangert. Dörfer der Rohingya, Schulen, Moscheen, Häuser und Märkte seien niedergebrannt worden. Grundlage für den Bericht waren Interviews mit rund 200 Rohingya-Flüchtlingen in Bangladesch.

März 2017: In einem Interview mit der BBC warf die UN-Sonderberichterstatterin Yanghee Lee den Sicherheitskräften in Myanmar schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Soldaten, Grenzschützer und Polizisten hätten „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verübt, insbesondere gegenüber der muslimischen Minderheit der Rohingya. Die Regierung unter Aung San Suu Kyi stehe in der Pflicht, den „massenhaften Fällen von schrecklicher Folter und unmenschlichen Verbrechen“ entgegenzuwirken.

April 2017: Der Erzbischof von Rangun, Kardinal Charles Bo, veranstaltete ein interreligiöses Treffen. Hochrangige Vertreter der Buddhisten, Christen, Muslime und Hindus berieten gemeinsam über die Bemühungen, in Myanmar Frieden zu schaffen. Schon im März hatte die katholische Kirche eine Friedenskonferenz mit mehr als 1000 Teilnehmern aus allen Religionsgemeinschaften organisiert.

Mai 2017: Der staatliche Mönchsrat, das Zentralorgan des buddhistischen Klerus in Myanmar, dessen Mitglieder von der Regierung berufen werden, sprach ein Verbot des „Komitees zum Schutz von Nation und Religion“ (auch unter dem Kürzel Ma Ba Tha bekannt) aus. Diese radikale buddhistische Bewegung war verantwortlich für viele Hass- und Gewaltkampagnen

gegen die muslimische Minderheit in Myanmar und warnte immer wieder vor einer „Islamisierung“ Myanmars.

Mai 2017: Bei einem Besuch von Staatsrätin Aung San Suu Kyi bei Papst Franziskus im Vatikan vereinbarten beide Seiten, die diplomatischen Beziehungen weiter auszubauen und Botschafter auszutauschen. Myanmar wolle einen Botschafter an den Heiligen Stuhl entsenden, der Vatikan einen Apostolischen Nuntius nach Myanmar. Das Parlament Myanmars hatte bereits im März 2017 einem Antrag des Vatikans, volle diplomatische Beziehungen aufzubauen, zugestimmt.

Mai 2017: Die zweite Runde der Panglong-Friedensverhandlungen zwischen der Regierung, der Armee und ethnischen Milizen im Mai 2017 brachte keine konkreten Ergebnisse.

Juni 2017: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) berichtet von massiven Menschenrechtsverletzungen im Kachin-Staat. In der dort lebenden ethnischen Minderheit gibt es sehr viele Christen. Die Armee gehe mit brutalen Methoden gegen die Bevölkerung vor. Es gebe Folter, außergerichtliche Tötungen, Vergewaltigungen, willkürliche Verhaftungen und Zwangsrekrutierungen in den Militärdienst, so die Menschenrechtsorganisation in ihrem Bericht. Auch von ethnischen Milizen gingen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen aus.

Juni 2017: Zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan veröffentlichte der Erzbischof von Rangun, Kardinal Charles Bo, eine Botschaft. Darin sprach er über das „große Potential“, das Myanmar besitze. Er beklagte aber auch die verbreitete Armut und Migrationsbewegungen. Auch „Konflikte und Vertreibungen“ zählten zu den ungelösten Problemen des Landes, darunter vor allem die „schreckliche Verfolgung“ der muslimischen Rohingya. Aber auch die Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkriegsgebiet von Kachin und in Teilen des Shan-Staates im Norden von Myanmar sprach er an und appellierte an die Regierung, eine internationale Untersuchung all dieser Konflikte zuzulassen. Es gebe aber auch positive Entwicklungen in Myanmar, wie zum Beispiel Friedenskonferenzen oder interreligiöse Versammlungen, so der Kardinal. Das seien erste, wirksame Schritte: „Frieden ist möglich – Frieden ist der einzige Weg.“

August 2017: Papst Franziskus ernannte erstmals einen Apostolischen Nuntius für Myanmar: Der südkoreanische Erzbischof Paul Tschang In-Nam wird das Amt übernehmen. Er war zuvor schon Apostolischer Delegat in Myanmar gewesen.

August 2017: Am 24. August 2017 veröffentlichte eine internationale Kommission unter der Leitung des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan einen Bericht zum Rohingya-Problem in Myanmar. Der Bericht wurde an die obersten Regierungsvertreter übergeben. In dem Papier werden der myanmarischen Regierung Vorschläge zur Lösung des Rohingya-Konflikts gemacht. Nötig seien eine Reform des Staatsbürgerrechts, Reise- und Religionsfreiheit für die Rohingya sowie der Verzicht auf militärische Gewalt. Die myanmarische Regierung hatte ein Jahr zuvor selbst diese Kommission eingesetzt, zu der drei internationale Persönlichkeiten und sechs Mitglieder aus Myanmar gehörten. Radikale buddhistische Mönche lehnten die Kommission wegen ihrer internationalen Mitglieder als „Einmischung des Auslands“ in die inneren Angelegenheiten Myanmars ab.

August 2017: Anschläge der Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) auf Armee- und Polizeiposten im Norden des Teilstaats Rakhine führten seit dem 25. August 2017 zu heftigen Gegenreaktionen des myanmarischen Militärs mit mehr als 100 Todesopfern. Mit brutaler Gewalt wurden in den Folgewochen mehr als 650 000 Rohingya aus Myanmar nach Bangladesch vertrieben. Schon am 27. August 2017 reagierte Papst Franziskus auf die Vorfälle in Myanmar. Beim sonntäglichen Mittagsgebet bekundete er „ungeteilte Nähe“ zum Volk der Rohingya im Nordwesten Myanmars und rief zur Hilfe für diese Menschen auf. Die myanmarischen Politiker forderte er auf, den Rohingya „ihre vollen Rechte“ zu geben. Die katholischen Gläubigen bat der Papst, „für unsere Brüder, die Rohingya“ zu beten. Am 28. August 2017 gab der Vatikan bekannt, dass Papst Franziskus im November 2017 nach Myanmar und Bangladesch reisen werde.

September 2017: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) spricht in einem Bericht über die Vertreibung der Rohingya von „ethnischen Säuberungen“. AI habe klare Beweise gefunden, dass die myanmarische Armee systematisch gegen die Rohingya vorgegangen sei: „Sicherheitskräfte umzingeln ein Dorf, erschießen die Fliehenden und

brennen die Häuser nieder.“ Die Angriffe und die gewaltsame Vertreibung der Zivilisten seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

September 2017: Staatsrätin Aung San Suu Kyi äußerte sich am 19. September 2017 bei einer Rede vor dem diplomatischen Corps in der Hauptstadt Naypyidaw erstmals öffentlich zur Gewalt gegen die muslimischen Rohingya, allerdings recht vage. „Wir wollen Frieden statt Krieg, wir wollen Harmonie statt Konflikten“, betonte Aung San Suu Kyi. Das Land dürfe nicht wegen verschiedener Religionen gespalten sein. Bei den aktuellen Auseinandersetzungen gebe es zwar „Menschenrechtsverletzungen“, allerdings gebe es hier „Vorwürfe und Gegenvorwürfe“. Medien und Menschenrechtsorganisationen warf sie vor, den Konflikt in der Region Rakhine zu übertreiben und falsch darzustellen. Kein einziges Mal benutzte sie in ihrer Rede die Bezeichnung „Rohingya“, sondern sprach ganz allgemein von Muslimen. Den Flüchtlingen stellte sie die Möglichkeit einer Rückkehr nach Myanmar in Aussicht, sofern sie nachweisen könnten, dass sie in Rakhine gelebt haben.

Oktober 2017: Bei einem Gottesdienst im vatikanischen Gästehaus Santa Marta erinnerte Papst Franziskus an das Schicksal der aus Myanmar nach Bangladesch geflohenen Rohingya.

Oktober 2017: Um Frieden und Harmonie unter den Religionsgemeinschaften in Myanmar zu fördern, organisierte die Regierungspartei Nationale Liga für Demokratie (NLD) landesweit vier interreligiöse Gebetsveranstaltungen. Zum Auftakt kamen in Rangun mehr als 30 000 Buddhisten, Katholiken, Protestanten, Hindus und Muslime in einem Sportstadion zusammen, um für ein friedliches Miteinander der Religionen im mehrheitlich buddhistischen Myanmar zu beten.

November 2017: Im Vatikan empfing Papst Franziskus den ersten Botschafter Myanmars beim Heiligen Stuhl, San Lwin. Er ist nichtresidierender Botschafter und hat seinen Sitz in Österreich.

November 2017: Vom 27. bis 30. November 2017 besuchte Papst Franziskus das Land Myanmar. Es war ein Staats- und Pastoralbesuch. Der Papst traf mit Spitzenvertretern von Staat und Regierung zusammen. Hauptziel

war aber die Begegnung mit der katholischen Minderheit. Mehrfach rief der Papst zur Überwindung der Spannungen und Konflikte und zu Versöhnung und Frieden auf.

Dezember 2017: Nur wenige Tage nach dem Besuch von Papst Franziskus in Myanmar startete die myanmarische Armee im Nordosten des Landes mit Luftangriffen und Artillerieeinsatz eine neue Offensive gegen ethnische Milizen. Mehr als 1000 Angehörige der Volksgruppen der Kachin und Shan sind vor den neuerlichen Kämpfen geflohen. Seit dem Sommer 2011, als ein 17-jähriger Waffenstillstand endete, sind mehr als 120 000 Menschen vor den Kämpfen im Kachin-Staat und im Norden des Shan-Staates geflüchtet. Sie leben in Flüchtlingslagern und sind auf humanitäre Hilfslieferungen angewiesen. Unter den Flüchtlingen sind auch viele Christen.

Dezember 2017: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) teilte in einem Bericht mit, die myanmarische Armee habe seit Beginn der Gewalt gegen die Rohingya insgesamt 354 Rohingyadörfer ganz oder teilweise zerstört. Die meisten Dörfer seien niedergebrannt worden. Nach Angaben der Organisation Ärzte ohne Grenzen wurden dabei im Zeitraum von 25. August bis zum 24. September 2017 mindestens 6700 Rohingya durch direkte Gewalteinwirkung getötet. Der UN-Menschenrechtshochkommissar Said Raad al-Hussein äußerte im Vorfeld einer Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrats die Vermutung, das Ausmaß der Unterdrückung und Verfolgung der Rohingya in Myanmar könnte einem Völkermord gleichkommen. Die jahrzehntelange Staatenlosigkeit der Rohingya, ihre Diskriminierung und brutale Vertreibung sowie die systematische Zerstörung von ganzen Dörfern spräche jedenfalls dafür.

Januar 2018: Die Regierungen der Länder Myanmar und Bangladesch einigten sich darauf, die Rohingya-Flüchtlinge innerhalb von zwei Jahren von Bangladesch in ihre myanmarische Heimat Rakhine zurückzuführen. In Bangladesch sollen fünf Transitlager eingerichtet werden und in Myanmar zwei „Empfangszentren“. Die myanmarische Regierung hat sich bereit erklärt, für die zurückkehrenden Rohingya Häuser zu bauen. Bis zur Fertigstellung der Häuser sollen die Rohingya in einem Zeltlager untergebracht werden. Myanmar wolle pro Woche 1500 Rohingya-Flüchtlinge zurückneh-

men, heißt es in der Vereinbarung. Heikel ist die Tatsache, dass Myanmar in den Verhandlungen betont hat, nur solche Flüchtlinge wiederaufzunehmen, die nachweisen können, dass sie tatsächlich in Rakhine gelebt haben. Die Rohingya gelten in Myanmar aber als Staatenlose und besitzen deshalb vielfach keine Ausweispapiere, so dass ein solcher Nachweis für die meisten schwierig sein dürfte. Außerdem wurden bei der Vertreibung der Rohingya seit August 2017 viele ihrer Dörfer von der myanmarischen Armee zerstört und niedergebrannt. Dabei könnten auch wichtige Dokumente verbrannt sein.

Januar 2018: Die für Ende Januar 2018 geplante dritte Runde der Panglong-Friedenskonferenz („Panglong-Konferenz des 21. Jahrhunderts“) wurde überraschend verschoben. Damit sollte denjenigen ethnischen Armeen, die das „Nationale Waffenstillstandsabkommen“ (NCA) noch nicht unterschrieben haben, Zeit gegeben werden, die Unterschrift nachzuholen. Erst dann werden sie offiziell zu dieser Friedenskonferenz zugelassen. Auf der Panglong-Friedenskonferenz soll eine Rahmenvereinbarung zwischen der Regierung, der Armee und den bewaffneten Minderheiten erarbeitet werden, die einen dauerhaften Frieden ermöglicht. Schon nach ihrer ersten Runde im August 2016 war die Friedenskonferenz ins Stocken geraten. Für die Regierung unter Suu Kyi ist ein Friedensabkommen mit den ethnischen Minderheiten ein wichtiges politisches Ziel, um im politischen Dialog über die Schaffung eines föderalistischen Myanmar weiterzukommen.

Januar 2018: Erstmals kam es zu einem Treffen zwischen den vier katholischen Bischöfen des Kachin-Staates und dem Oberbefehlshaber der myanmarischen Armee, General Min Aung Hlaing. In dem Gespräch ging es um Möglichkeiten und Wege, in der Region Frieden zu schaffen, und um das Schicksal der Kriegsflüchtlinge. Im November 2017 hatte sich Papst Franziskus bei seinem Myanmar-Besuch für fünfzehn Minuten mit General Min Aung Hlaing getroffen.

Februar 2018: Die EU-Außenminister veröffentlichten eine Erklärung, in der sie Myanmar systematische Menschenrechtsverletzungen vorwerfen. Die myanmarische Regierung forderten sie auf, die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr von Vertriebenen zu schaffen.

März 2018: Nach dem überraschenden Rücktritt von Präsident U Htin Kyaw, offensichtlich aus gesundheitlichen Gründen, wurde U Win Myint zum Nachfolger gewählt. Dieser gilt als ein enger Vertrauter der Staatsrätin Aung San Suu Kyi.

Quellen

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Amnesty International: Systematische Gewalt gegen Rohingya, 17. Oktober 2017*
- *Amnesty International: Jahresbericht „Myanmar 2017“*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)*
- *Christian Solidarity Worldwide*
- *Deutsche Welle (DW): www.dw.com*
- *Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)*
- *Human Rights Watch*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *Union of Catholic Asian News (UCAN)*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Hidden Plight. Christian Minorities in Burma, Dezember 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*